

Antrag

der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Hans Josef Fell, Hans-Christian Ströbele, Rainer Steenblock, Volker Beck (Köln), Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mit der strategischen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika Ernst machen und deutsches Engagement ausbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 12. Mai 2006 findet in Wien das vierte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU), Lateinamerikas und der Karibik (LAK) statt. In einer zunehmend multipolaren Welt wächst die Bedeutung Lateinamerikas im internationalen System. Initiativen wie die G-20 und die damit verbundene Süd-Süd-Kooperation in der Welthandelsorganisation WTO tragen zu einer Stärkung der Position Lateinamerikas auf der internationalen Bühne bei, wobei Brasilien als Sprecher dieser Gruppe regional und international anerkannt wird.

Die EU und LAK arbeiten bereits in wichtigen Fragen der internationalen Umwelt-, Finanz-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik erfolgreich zusammen. Sie begegnen sich in multilateralen Foren oft als Partner, die eng kooperieren. Seit dem ersten EU-LAK-Gipfel 1999 in Rio de Janeiro wurden in Richtung strategische Partnerschaft jedoch nur kleine Fortschritte gemacht. Die Verhandlungen der bilateralen Assoziationsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten stagnieren, im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sind die Beziehungen rückläufig. Der Anteil Lateinamerikas an der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist in den vergangenen Jahren stetig gesunken. Dies, obwohl sich die Bedingungen für eine engere bilaterale und biregionale Zusammenarbeit verbessert haben.

Trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist seit den 80er Jahren auf dem gesamten Subkontinent die demokratische Konsolidierung eingetreten. In den meisten Ländern hat sich eine sehr lebendige Zivilgesellschaft herausgebildet und auf kommunaler Ebene wurden große Fortschritte in der demokratischen Legitimierung und im Zuwachs von Verwaltungskompetenz gemacht.

Neue durch Wahlen eindeutig legitimierte Staatsregierungen drängen auf soziale Reformen, suchen eine deutliche Differenzierung in ihren Außenbeziehungen und zeigen einen ausgesprochenen Willen zur regionalen Integration. Die EU sollte diese positiven Entwicklungen nutzen, um eine echte strategische Partnerschaft mit den LAK-Staaten aufzubauen, die zur Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit im Rahmen einer kohärenten Außen-, Entwicklungs-, Umwelt- und Handelspolitik beiträgt. Inhaltlich soll sich die strategische Partnerschaft dabei auf die politische und wirtschaftliche Unterstützung der regiona-

len Integration, eine enge umwelt- und energiepolitische Kooperation, die Förderung der demokratischen Konsolidierung und der Menschenrechte sowie der Kooperation im Hochschulbereich konzentrieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Beziehungen Deutschlands und der EU mit den LAK-Staaten zu einer echten strategischen Partnerschaft auszubauen;
2. die Bemühungen der LAK-Staaten zur Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit im Rahmen einer kohärenten und sich gegenseitig ergänzenden Außen-, Entwicklungs-, Umwelt- und Handelspolitik konsequent zu unterstützen;
3. die bilaterale und europäische Entwicklungszusammenarbeit mit den Zielen der Armutsbekämpfung sowie des Ressourcen- und Umweltschutzes deutlich aufzustocken und dafür im Einzelplan 23 für die Haushaltsjahre ab 2006 entsprechende Verpflichtungsermächtigungen und Barmittel zur Verfügung zu stellen;
4. die Zusammenarbeit mit den LAK-Staaten zur Erhaltung und Schaffung funktionierender Demokratien und starker Zivilgesellschaften fortzuführen. Zur Stärkung der Demokratie müssen politische Strukturen dezentralisiert, Frauenrechte und Rechte der indigenen Völker gestärkt sowie die Beteiligung der Bürger vorangetrieben werden;
5. für eine konsequente Fortsetzung der Unterstützung der Tropenwaldschutzprogramme in Brasilien und der gesamten Amazonasregion einzutreten;
6. entsprechend dem EU-Prozess einen lateinamerikanischen Prozess zu Forest Law Enforcement, Governance and Trade (LA FLEGT) mit zu initiieren und zu unterstützen und diesen mittelfristig mit dem EU-FLEGT-Prozess zusammenzuführen;
7. die Erarbeitung einer EU-Gesetzesvorlage zu unterstützen, die den Import von Holz aus illegalen Quellen in den europäischen Binnenmarkt untersagt und unter Strafe stellt;
8. auf die Beseitigung ökologischer Altlasten durch Erdöl- und Erdgasförderung im Amazonas zu drängen;
9. die energiepolitische Kooperation mit den LAK-Staaten durch gezielte Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz auszubauen;
10. im Geiste des Klimaschutzes und einer nachhaltigen Energiepolitik mit der Regierung Brasiliens einen Energievertrag über erneuerbare Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz, Energieeinsparungen und Emissionsminderungen kurzfristig abzuschließen, der den Atomvertrag zwischen den beiden Ländern ersetzt. Auch mit Argentinien muss die Regierung in Verhandlungen über die Beendigung des Atomvertrages und dessen Ersatz durch eine Kooperation über erneuerbare Energien und Energieeffizienz eintreten;
11. sich gemeinsam mit der EU dafür einzusetzen, dass Mindest-Nachhaltigkeits-Standards für den Anbau und die Herstellung von Biokraftstoffen eingeführt werden;
12. auf eine europäische Handelspolitik gegenüber LAK hinzuwirken, die im Sinne einer Entwicklungspartnerschaft zu wirtschaftlicher und sozialer Stabilität und zu nachhaltigem Wachstum beiträgt;
13. sich dafür einzusetzen, dass das EU-Mercosur-Assoziationsabkommen erfolgreich abgeschlossen wird und dies insbesondere zu unterstützen durch die Gewährung eines verbesserten Marktzugangs für Mercosur-Staaten bei

landwirtschaftlichen Produkten und den konsequenten Abbau von EU-Agrarsubventionen, um das Agrardumping zu beenden. Gleichzeitig muss auf die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards gedrängt werden;

14. sich in Hinblick auf Dienstleistungen und Industriegüter innerhalb des EU-Mercosur-Assoziationsabkommens dafür einzusetzen, dass auch soziale und ökologische Belange berücksichtigt werden, um so zur regionalen Integration der Mercosur-Länder und damit zur wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Region und zur Konsolidierung der demokratischen Institutionen beizutragen;
15. Verhandlungen über Assoziationsabkommen mit der Andengemeinschaft und Zentralamerika und dem karibischen Raum aufzunehmen;
16. die Partnerschaft mit Lateinamerika als politisches Projekt mit sozialer und solidarischer Perspektive neu auszurichten. Dafür müssen verbindliche Ziele definiert werden, die konkrete Handlungen zur Folge haben. Fragen der Menschenrechte, internationale Arbeitsnormen, soziale und ökologische Mindeststandards und Fragen der politischen Zusammenarbeit müssen neben den Wirtschaftsinteressen gleichrangig berücksichtigt werden;
17. sich konstruktiv an der Entwicklung von fairen und transparenten Verfahren zur Vorbeugung und Bewältigung akuter Verschuldungskrisen in hoch verschuldeten lateinamerikanischen und karibischen Ländern zu beteiligen. Dabei muss die Bundesregierung ein Konzept der Schuldentragfähigkeit unterstützen, das die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erlaubt und die sozialen Lebensbedingungen der Menschen berücksichtigt;
18. sich angesichts der hohen Schuldendienstquote Boliviens dafür einzusetzen, dass seine Schuldentragfähigkeit auf der Grundlage einer unabhängigen Schuldentragfähigkeitsanalyse neu definiert wird, und die bolivianische Regierung bei der Durchsetzung eines solchen Verfahrens politisch zu unterstützen;
19. sich bei der bilateralen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit mit Konfliktregionen Lateinamerikas, insbesondere mit Kolumbien, zuvorderst für den Schutz der Menschenrechte und die Sicherheit von Menschenrechtsaktivisten und anderer Akteure der Zivilgesellschaft einzusetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass bei allen von der Bundesregierung und der EU finanzierten Entwicklungsprogrammen eine frühzeitige Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Projektplanung erfolgt und die Beachtung der Menschenrechte sichergestellt ist;
20. sich keinen Initiativen wie dem Plan Colombia anzuschließen, die zum Ziel haben, den Drogenanbau durch militärische und umweltzerstörende Mittel einzudämmen, sondern die rechtsstaatliche Bekämpfung von Drogenproduktion und -handel zu unterstützen sowie Existenzalternativen für die betroffene Bevölkerung zu fördern;
21. die Süd-Süd-Kooperation in ausgewählten Bereichen wie der AIDS-Bekämpfung, dem Aufbau sozialer Sicherungssysteme und im Umwelt- und Ressourcenschutz tatkräftig zu unterstützen;
22. die Kooperation in den Bereichen Hochschulen, Forschung und Technologie auszubauen.

Berlin, den 15. März 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Schritte aus der wirtschaftlichen und sozialen Krise

Für viele Länder Lateinamerikas und der Karibik sind soziale Spannungen, schwaches Wirtschaftswachstum und die Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen eine enorme Herausforderung. Korruption, ineffiziente Steuersysteme und die Konzentration der Einkommen und des Landbesitzes auf eine kleine Oberschicht, erzeugen soziale und politische Instabilität. Um sich ein korrektes Bild von der gegenwärtigen Lage in Lateinamerika zu machen, muss der Blick jedoch auch zurückgerichtet werden. Dabei zeigt sich, dass in vielen Ländern enorme Schritte gemacht wurden, um die Verwerfungen zu überwinden, die diktatorische Regime, häufig in Verbindung mit einer erdrückenden Schuldenlast, hinterlassen haben.

Diese begrüßenswerten Schritte sind auch Ergebnis starker zivilgesellschaftlicher Bewegungen. Sie haben zur Überwindung autoritärer Regime entscheidend beigetragen. Und sie leisteten Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag, der die Jahre des Washington Consensus geprägt hat und Lateinamerika über zwei Jahrzehnte wirtschaftlich stagnieren ließ, die Armutsrate erhöhte und die Einkommenskonzentration vertiefte. Erst in jüngster Zeit ist es einigen Ländern gelungen, sich aus der Vormundschaft des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu befreien. Sowohl Brasilien als auch Argentinien haben dies Anfang 2006 durch eine vorzeitige Begleichung ihrer gesamten Schulden gegenüber dem IWF deutlich gemacht.

Das Beispiel Argentiniens, das lange als Musterschüler bei der Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen galt, zeigt, dass marktliberale Maßnahmen und Staatsabbau keine hinreichende Grundlage für nachhaltige Entwicklung und effektive Armutsbekämpfung sind. Der Umgang Argentiniens mit der letzten Wirtschaftskrise, die wieder gewonnene Wachstumsdynamik und die sinkenden Armutsquoten zeigen, dass es Wege außerhalb der von den internationalen Finanzinstitutionen empfohlenen Blaupausen gibt, um mit Verschuldung und Wirtschaftskrisen umzugehen. Für Argentinien wie für andere Agrarexporteure entstehen dabei aber auch neue Herausforderungen. Besonders die Umweltzerstörung, die mit einer schnellen Expansion des Gen-Sojaanbaus einhergeht, hat kaum etwas mit einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell zu tun.

Entwicklungsprozesse sind immer das Ergebnis eines Zusammenspiels externer und interner Kräfte. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik kann auch im Fall von Argentinien nur auf der Grundlage eines effizienten und gerechten Steuersystems und auf der Unterbindung von Kapitalflucht, bzw. der Repatriierung von Fluchtgeldern, gründen. Ohne konsequente Eigenanstrengungen sind nachhaltige wirtschaftliche Erfolge nicht erreichbar.

Politische Umbrüche – Stärkung von Zivilgesellschaft, Demokratieförderung und Schutz der Menschenrechte

Eine Vielzahl von LAK-Ländern ist bis heute auf die Unterstützung durch die internationalen Finanzinstitutionen angewiesen. Kriminalität und Gewalt prägen den Alltag vieler Großstädte des Subkontinents. Drogenanbau und Drogenhandel haben in den Andenländern Kolumbien, Peru, Ecuador und Bolivien starken Einfluss auf die wirtschaftliche und politische Dynamik. Militärische Interventionen und die breitflächige chemische Zerstörung von Kokafeldern im Stile des Plan Colombia haben kaum Erfolge gebracht und sind wegen der folgenden Militarisierung aller Lebensbereiche und gravierender ökologischer Zerstörung abzulehnen.

Die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage hat in mehreren Ländern zu politischen Umbrüchen und zu Regierungswechseln geführt, von denen sich die

Menschen wie in Bolivien eine stärkere Beteiligung der bisher marginalisierten indigenen Bevölkerung, eine gerechtere Ressourcen- und Einkommensverteilung und eine effektive Armutsbekämpfung versprechen. Der im Dezember 2005 zum Präsidenten gewählte Evo Morales steht vor der schwierigen Aufgabe der Stabilisierung der Demokratie in einem Land, in dem nur knapp die Hälfte der Bevölkerung – also deutlich weniger als im lateinamerikanischen Durchschnitt – glaubt, dass die Demokratie die beste Regierungsform darstellt. Die geplante verfassungsgebende Versammlung bietet die Möglichkeit, die staatlichen Institutionen und die politische Beteiligung zu stärken.

Bereits vor seiner Amtsübernahme kündigte Evo Morales an, die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) in die multilaterale Schuldenerlassinitiative von Gleneagles (MDRI) einzubeziehen bzw. die Zahlungen gegenüber der IDB einzustellen. Angesichts seiner hohen Schuldendienstquote ist Bolivien ein klassischer Fall für eine Neudefinition von Schuldentragfähigkeit. Es wäre sinnvoll, der bolivianischen Regierung diese Option nahe zu legen und sie politisch zu unterstützen, bevor das Land zu einer unregelmäßigen und konfliktiven Zahlungseinstellung gegenüber der IDB übergeht. Auch in den anderen HIPIC-Staaten (Honduras, Nicaragua und Guyana) der Region sollte die Schuldentragfähigkeit erneut auf den Prüfstand gestellt werden.

Die Situation in Venezuela ist zum einen durch eine starke Eingebundenheit der Bevölkerung in das politische Geschehen, zum anderen aber durch das Fehlen einer Opposition innerhalb der konstitutionellen Institutionen gekennzeichnet. Präsident Hugo Chávez versucht zunehmend, im regionalen Kontext an Gewicht zu gewinnen, was durch den Beitritt zum Mercosur und Venezuelas wirtschaftlich sehr günstige Position erleichtert wird. Aufgrund der starken Zentralisierung der Macht beim Präsidenten, der trotz der Stärkung plebiszitärer Elemente in der Verfassung den politischen Prozess bestimmt, muss die demokratische Entwicklung Venezuelas kritisch beobachtet werden. Problematisch ist auch die Besetzung von Schlüsselfunktionen in Regierung und Verwaltung durch Militärs.

Die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie die Erhöhung von Teilhabe und Transparenz im politischen Geschehen müssen besonders in den Andenstaaten und in einigen Ländern Zentralamerikas wie Honduras und Nicaragua, aber auch in einem besonderen Maße in Haiti durch verstärkte Bemühungen zur Stabilisierung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen ergänzt werden. Nur wenn sowohl die Beteiligungsrechte der Bürger als auch die staatlichen Institutionen auf einem soliden Fundament stehen und durch gute Regierungsführung ergänzt werden, kann autoritären und populistischen Regierungsformen effektiv entgegen gewirkt werden.

Insbesondere für Kolumbien bleibt die nichtmilitärische Bewältigung innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Konflikte eine zentrale Herausforderung. Angesichts der Eskalation der Gewalt und der drohenden Gefahr einer Regionalisierung des kolumbianischen Konflikts gilt es für die EU, entschieden in Hinblick auf die Wahrung des humanitären Völkerrechts, der Menschenrechte und der humanitären Abkommen zum Schutz der Zivilbevölkerung tätig zu werden.

Die EU soll strategische Partnerschaft jetzt umsetzen – Gezielte Förderung der regionalen Integration

Gerade in einem politisch stark aufgeladenen Umfeld ist es von besonderer Bedeutung, durch die europäische Politik einen Beitrag zu Entwicklung und wirtschaftlichem Wachstum in der Region zu leisten. Es gilt dabei hauptsächlich, solche Ziele zu verfolgen, die die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität, ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaftsmodell und die Konsolidierung der demokratischen Institutionen fördern. Ein beherztes Zugehen Deutschlands

und der EU auf die LAK-Staaten ist zu einem Zeitpunkt von Bedeutung, an dem Lateinamerika eine stärkere Differenzierung in den Außenbeziehungen sucht und entstehende Freiräume im wirtschaftlichen Bereich zunehmend stärker von asiatischen Ländern wie China, Japan und Indien genutzt werden.

Deutsche Unternehmen genießen in LAK weiterhin ein hohes Ansehen; in einigen Ländern der Region haben ihre Investitionen wesentlich zum Wachstum der Volkswirtschaften beigetragen. Obwohl deutsche Unternehmen kaum an den Privatisierungen in Lateinamerika in den 90er Jahren teilgenommen haben, bleiben sie weiterhin stark präsent. Außerhalb Westeuropas ist Lateinamerika die einzige Region, in der deutsche Unternehmen in bestimmten Industriesektoren eine Schlüsselposition einnehmen. Mit mehr als 800 deutschen Unternehmen ist São Paulo noch immer der größte deutsche Industriestandort im Ausland.

Europa und Lateinamerika sind durch eine historische und kulturelle Nähe miteinander verbunden. Die wirtschaftlichen Beziehungen im Bereich von Handel und Investitionen sind bis heute sehr eng. 60 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen im Mercosur sind europäischen Ursprungs und die EU ist vor den USA noch immer der wichtigste Handelspartner. Die EU kann durch eine zielgerichtete Kooperation die regionale Integration in Lateinamerika zu einem Zeitpunkt unterstützen, zu dem wichtige Weichenstellungen für die Zukunft erfolgen.

Im Dezember 2005 wurde Venezuela als Vollmitglied in den Mercosur aufgenommen. Peru und Ecuador erhielten als assoziierte Mitglieder des Mercosur den gleichen Status wie Chile und Bolivien. Vereinbart wurde auf dem Mercosur-Gipfeltreffen auch die Einberufung eines Mercosur-Parlaments bis Dezember 2006, zu dem jedes nationale Parlament 18 Repräsentanten entsenden soll. 2010 sollen die ersten direkten Wahlen zum Mercosur-Parlament stattfinden, und 2014 soll es dem EU-Parlament vergleichbare Entscheidungsfunktionen ausüben.

Heute stammen 75 Prozent des südamerikanischen Bruttoinlandsprodukts aus dem Mercosur. Bei den Verhandlungen um die gesamtamerikanische Freihandelszone FTAA haben diese Länder ihren Gestaltungswillen gegenüber den USA klar zum Ausdruck gebracht. Aufgrund ihrer Außenhandelsstruktur sind die Mercosur-Staaten weit weniger vom nordamerikanischen Markt abhängig als Mexiko oder die zentralamerikanischen Staaten. Europa und in zunehmendem Maße Asien sind wichtige Handelspartner. Ein definitives Scheitern des FTAA-Prozesses könnte eine noch stärkere Ausrichtung des Mercosur auf diese Märkte begünstigen.

Umwelt- und energiepolitisches Engagement verstärken

Von besonderer Bedeutung ist im Umgang mit der zunehmenden weltweiten Ressourcennachfrage das Ziel des nachhaltigen und umweltschonenden Wirtschaftens. Dies gilt nicht nur für die Landwirtschaft und den Bergbau, sondern auch für die Erdöl- und Erdgasförderung. Es gilt in ganz besonderer Weise aber für den Ressourcenschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat durch das Tropenwaldschutzprogramm in Brasilien internationale Standards gesetzt. Eine konsequente Fortsetzung dieses Programms und eine Ausweitung auf die gesamte Amazonasregion können einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dabei geht es auch darum, neue Anreizsysteme für den Waldschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt zu schaffen und auf die Beseitigung von ökologischen Altlasten durch die verursachenden Konzerne zu drängen.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sollte einen regionalen, lateinamerikanischen Prozess zu Forest Law Enforcement, Governance and Trade mit initiieren und unterstützen. Mittelfristig sollte dieser Prozess mit dem

EU-FLEGT-Prozess zusammengeführt werden. Maßnahmen gegen den illegalen und nichtnachhaltigen Holzeinschlag und den damit verbundenen Handel sind nicht nur notwendig für den Erhalt der letzten Urwälder, wie dem Amazonas, sondern helfen auch der deutschen Forstwirtschaft sich gegenüber Billigimporten aus Raubbau zu behaupten.

Besonders wichtig ist neben dem Tropenwaldschutz eine energiepolitische Zusammenarbeit, die „weg vom Öl“ und hin zu alternativen Energien führt. Diese Politik muss gleichzeitig Ziele wie ökonomische Effizienz, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit anstreben. Besonders auch Erdöl fördernde Länder benötigen innovative, regionale Konzepte, um in erneuerbare Energiequellen wie Wasser, Wind, Sonne und Biomasse zu investieren. Dafür bieten sich in der gesamten LAK-Region gute Ansatzpunkte, die jetzt genutzt werden müssen.

Im November 2004 konnte die damalige Bundesregierung erreichen, dass im Einvernehmen mit der brasilianischen Regierung Verhandlungen über die Beendigung des deutsch-brasilianischen Atomabkommens von 1975 und dessen Ersatz durch einen neuen nichtatomaren Energievertrag aufgenommen wurden. Im Zentrum dieses neuen Vertrages sollen, so die Willenserklärung beider Seiten, erneuerbare Energien, die Verbesserung der Energieeffizienz, Energieeinsparungen und Emissionsminderungen stehen. Bedauerlicherweise konnte die Bundesregierung bisher keinen Entwurf für einen neuen Energievertrag vorlegen. Wir sehen eine große Chance, durch einen solchen Vertrag mit Brasilien eine strategische Energiepartnerschaft im nichtatomaren und nichtfossilen Bereich aufzubauen, die im Geiste des Klimaschutzes und einer nachhaltigen Energiepolitik steht.

Biokraftstoffe bieten große Entwicklungschancen für die Region. Zugleich muss aber darauf geachtet werden, dass Mindeststandards bezüglich der Nachhaltigkeit des Anbaus der Pflanzen sowie der Kraftstoffherzeugung eingehalten werden. Dies spricht zu Recht auch die EU-Kommission in ihrem Biomasseaktionsplan an. Ein viel versprechendes Beispiel könnte das brasilianische Pflanzenöl- und Biodieselprogramm sein, in dem explizit kleinbäuerliche und ökologische Strukturen gefördert werden. Der Nachweis entsprechender nachhaltiger Erzeugung sollte Grundlage für den Import nach Europa sein.

Insgesamt können die Bundesregierung und die EU durch eine neuerliche stärkere Hinwendung zu Lateinamerika mittels ihrer Entwicklungspolitik neue Akzente vor allem in den Bereichen Armutsbekämpfung und Umweltschutz setzen. Wichtige Bereiche sind aus unserer Sicht die Ausweitung des Tropenwald- und Ressourcenschutzes und die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, nachhaltiger Landwirtschaft, Unterstützung von Agrarreformen, die Verbesserung der Umweltsituation, Demokratieförderung, Finanzsystementwicklung und handelsbezogene Fragen in Verbindung mit einem nachhaltigen Wirtschaftssystem. Um den Willen zu einer echten strategischen Partnerschaft zu unterstreichen, muss die Bundesregierung klare Signale senden und ihre Absicht, in strategischen Schlüsselsektoren zu kooperieren, auch mit den entsprechenden Finanzzusagen bekräftigen.

Die Weiterentwicklung einer echten strategischen Partnerschaft hängt dabei maßgeblich von der Fähigkeit der EU ab, beim Agrarsubventionsabbau und bei der Agrarmarkttöffnung gegenüber dem Mercosur Angebote zu machen, die auch in der WTO dazu beitragen könnten, die Verhandlungsblockade zu lösen. Durch eine stärkere Verbindung der beiden Regionen kann zugleich der Spielraum Lateinamerikas für eine eigenständige Integration erweitert werden.

Die EU ist für Lateinamerika als Integrationsrahmen mit Umverteilungsmechanismen zwischen den Mitgliedsländern, mit gemeinsamen Infrastrukturprojekten und variierenden Integrationsgeschwindigkeiten von weit größerer Attrakti-

vität als ein Modell, das lediglich auf Freihandel setzt und eine Drogen- und Terrorismusbekämpfung mit militärischen Mitteln ins Zentrum ihrer Politik stellt. Die entscheidenden Impulse für eine erfolgreiche Integration wie für eine nachhaltige Entwicklung insgesamt müssen jedoch aus den Ländern selbst kommen. Ohne Agrarreformen sowie einschneidende Veränderungen in der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, die mehr Einkommensgerechtigkeit schaffen, wird eine langfristige politische und soziale Stabilität weder in den einzelnen LAK-Ländern noch innerhalb der Region erreichbar sein.

Aufbau einer Partnerschaft zwischen beiden Regionen

In Lateinamerika sind grundlegende politische Neuorientierungen zu erkennen, denen die Partner der Region Rechnung tragen müssen. Auf die Distanzierung von US-amerikanischen Zielen, insbesondere von dem Projekt eines kontinentalen Freihandelssystems, sollten die Europäische Union und Deutschland reagieren und Lateinamerika eine Kooperationsalternative bieten. Für den Umgang mit Lateinamerika ist ein differenziertes Konzept gefordert, das die Zusammenarbeit an die Gegebenheiten in jedem Land bzw. in jeder Teilregion anpasst. Dabei gilt aber eine eindeutige Priorität für die Unterstützung der regionalen Kooperations- und Integrationsprojekte.

Der politische Dialog ist deshalb auf verschiedenen Ebenen zu führen. Eine Verbesserung der Kooperation beider Regionen in internationalen Organisationen wie Vereinte Nationen und Weltsicherheitsrat stärkt den Multilateralismus in den internationalen Beziehungen. Wesentliche Komponente einer multilateralen Weltordnung ist die regionale Integration. Entgegen den Strategien der USA wie auch von Teilen der EU, ihre Interessen in bilateralen Abkommen durchzusetzen, bilden bestehende und sich neu herausbildende Integrationsprozesse in Lateinamerika Anknüpfungspunkt und Grundlage der angestrebten Partnerschaft. Schwerpunkt und vorrangiges Ziel der europäischen wie der deutschen Lateinamerikapolitik sollte deshalb die Förderung regionaler und subregionaler Integrationsprozesse in Lateinamerika sein.